

Arbeitsgemeinschaft Alter
SP Kanton Zürich

Informationen zur Alters- und Sozialpolitik

Juli 2000

Nr. 7

SP Kanton Zürich
Hallwylstr. 29
Postfach
8039 Zürich

Abstimmung am 24. September

Die AHV/IV-Beihilfen erhalten:

Nein zur bürgerlichen Abbauvorlage !

Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates will im „Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV und IV“ Vermögensgrenzen einführen, durch die rund 40 Prozent der bisherigen BezügerInnen die Beihilfen gestrichen würden. Alleinstehende Personen mit mehr als 25'000 Franken Erspartem würden ihre Beihilfe von 200 Franken monatlich verlieren und müssten - nach Bezahlung von Miete und Krankenkasse - mit rund 1370 Franken Ergänzungsleistungen auskommen. Da in

vielen Gemeinden die Gemeindegremien an die Beihilfe gekoppelt sind, wäre die Einbusse noch massiver.

Dagegen haben 60 KantonsrätInnen das Behördenreferendum ergriffen, so dass am 24. September das Zürchervolk entscheiden muss. Ein breites Abstimmungskomitee mit SP, EVP und Grünen, sowie Gewerkschaften, Rentner- und Behindertenorganisationen lehnt diese beschämenden Kürzungen ab und will die bisherigen Beihilfen sichern.

Wir lehnen diese Vorlage ab, weil

- sie die Würde der Menschen verletzt, die auf Beihilfen angewiesen sind und ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben im Alter oder trotz ihrer Behinderung haben,
- es sich eindeutig um eine Abbauvorlage handelt und nicht um einen „Kompromiss“, auch wenn die bürgerliche Mehrheit im letzten Moment die Vermögensgrenzen noch etwas korrigierte,
- die Einsparungen zwar die BeihilfebezüglerInnen massiv treffen (sie verlieren einen Siebentel ihrer bisherigen Zusatzleistungen), für den Staat aber nur wenig ausmachen,

- auf der anderen Seite mit der Steuerfussenkung um drei Prozent (rund 100 Mio. Franken) und der Abschaffung der Erbschaftssteuer (über 200 Mio. Franken) grosse Steuergeschenke vor allem für die oberen Einkommen und die Vermögenden gemacht wurden.

Mit einem Nein am 24. September können wir nicht nur diese Kürzungen verhindern, sondern ein klares Signal für die Sicherung der Sozialleistungen auch in Zukunft setzen !

Unser aktiver Beitrag zur Kampagne

Die Arbeitsgemeinschaft Alter schaltet sich aktiv in die Kampagne zur Sicherung der Beihilfen ein. Nachdem am 24. September eine Reihe weiterer wichtiger Abstimmungen stattfinden (Energievorlagen, Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich), werden an vielen Orten Veranstaltungen, Standaktionen usw. stattfinden. Wir möchten uns an solchen Aktionen beteiligen, um auf die geplante Aushöhlung der Beihilfen hinzuweisen, unsere Flugblätter zu verteilen und das Gespräch mit den StimmbürgerInnen zu suchen.

Wir denken namentlich an folgende Aktionen:

- Mitwirkung an Standaktionen und Abstimmungsveranstaltungen aller Art,
- Fahrt über Land mit unserem Oldtimerbus am Samstag, 9. September,
- Mitwirkung an SP-Sektionsveranstaltungen,
- Altersnachmittage oder Verteilung von Flugblättern in Alterssiedlungen und Altersheimen.

Bitte meldet uns, wo solche Aktionen stattfinden und wer bereit ist, daran aktiv mitzuwirken ! Insbesondere suchen wir 8 bis 10 aktive SeniorInnen, die am 9. September mit dem Oldtimerbus über Land fahren und für

unsere Sache Propaganda machen möchten !

Mitteilungen bitte an:

Komitee „Nein zur Aushöhlung der AHV/IV-Beihilfen“, Rüegg Gerber PR, Seestr. 194, 8820 Wädenswil, Tel. 01 789 88 19, Fax 789 88 12, sowie an AG Alter, Karl Aeschbach, Wängi-Hell, 8914 Aeugst am Albis, Tel./Fax 01 760 27 32.

Das Komitee und die AG Alter brauchen Geld

Das Abstimmungskomitee verfügt nur über wenig Geld. Darum sind alle Interessierten eingeladen, dem Komitee beizutreten und die Kampagne mit einem Beitrag von mindestens 20 Franken zu unterstützen. Bitte benützt den Talon, um Euch direkt beim Komitee zu melden und Werbemittel zu bestellen.

Aber auch die Arbeitsgemeinschaft Alter wendet sich an alle älteren SP-Mitglieder mit der Bitte, ihre Aktivitäten für die Sicherung der Beihilfen mit einem freiwilligen Beitrag zu unterstützen (mit beiliegendem Einzahlungsschein).

Bisher haben sich von ungefähr 900 SP-Mitgliedern, die über 60 Jahre alt sind, deren 200 für die AG Alter eingeschrieben. Wir möchten diesen Mitgliederkreis erweitern: wer einen freiwilligen Beitrag leistet, wird

künftig regelmässig mit den Informationen der AG Alter bedient.

Steuerinitiative zustande gekommen

Die SP-Steuerinitiative „Weniger Steuern für niedrige Einkommen“ ist mit 10431 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Das ist vor allem dem Einsatz aktiver SeniorInnen zu verdanken.

Die Regierung hat aber ein Haar in der Suppe entdeckt. Sie will die Verfassungsmässigkeit der Initiative überprüfen, da diese angeblich Ehepaar und Konkubinatspaare unterschiedlich treffe. Wir glauben, dass formale Kriterien nicht zur Ungültigkeit führen dürfen und das Begehren der Initiative, die untersten Einkommen zu entlasten, auf jeden Fall Teil der nächsten Revision des kantonalen Steuergesetzes sein muss !

Prämienverbilligung bleibt aktuell

Auch die zweite Auflage der Volksinitiative, welche mehr Prämienverbilligung durch den Kanton fordert, ist zustande gekommen. Sie bleibt aktuell, denn durch den Wegfall des Altersabzuges hat ein Teil der RentnerInnen auch den Anspruch auf Prämienverbilligung verloren. Ueberdies will die Regierung ab 2001 Verbilligungen nur noch auf Antrag hin ausrichten, wobei die Gefahr besteht, dass ein Teil der Anspruchsberechtigten aus Unkenntnis den Beitrag verliert.

Es gilt also, weiterhin wachsam zu bleiben und alle Rentnerinnen und Rentner darauf hinzuweisen, dass sie ihren Anspruch auch geltend machen !

Ein reich befrachtetes Abstimmungswochenende

Am 24. September kommen im Bund und im Kanton Zürich eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen zur Abstimmung. Nachstehend eine kurze Vorschau.

Eidgenössische Vorlagen:

Dreimal Ja zu den Energievorlagen

Die SP empfiehlt ein dreifaches Ja. Die Sozialinitiative verlangt eine Abgabe auf nicht erneuerbaren Energien, mit der erneuerbare Energien, insbesondere die Sonnenenergie, gefördert werden soll. Als Gegenvorschlag unterbreitet das Parlament eine weniger weitgehende Förderabgabe. In einer Zusatzfrage kann man angeben, welcher Vorlage man den Vorzug gibt, falls beide angenommen werden sollten. Schliesslich wird ein teilweiser Ersatz von Lohnprozenten durch eine Energieabgabe vorgeschlagen.

Ja zum konstruktiven Referendum

Es soll möglich werden, auch einzelne Bestandteile eines „Paketes“ durch ein Referendum in Frage zu stellen (Beispiel: die Verquickung des Splittings in der AHV mit dem höheren Rentenalter für Frauen).

Nein zur 7. Ueberfremdungsinitiative

Das Schweizervolk hat es immer abgelehnt, Ausländerfragen durch zwangsweise Ausschaffung eines Teils der hier lebenden Mitmenschen zu „lösen“. Auch die siebente Auflage dieser Idee bleibt menschenfeindlich; sie würde mehr neue Probleme schaffen. Bessere Integration statt Wegweisung heisst unsere Antwort.

Vorlagen im Kanton Zürich:

Nein zur Aushöhlung der AHV/IV-Beihilfen:

Beim Sozialabbau gilt: Wehret den Anfängen !

Nein zu überlangen Ladenöffnungszeiten:

Eine fast unbegrenzte Ausdehnung der Ladenöffnung, ohne Verpflichtung zum Schutz des Personals durch Gesamtarbeitsverträge ist nicht akzeptabel. Wir sagen Nein, weil wir eine bessere Lösung verlangen.

Nein zur Streichung der Beiträge an Radwege (Strassengesetz):

Noch eine Streichaktion der übermütigen bürgerlichen Mehrheit, zu der wir Nein sagen !

Drei Arbeitsgruppen

Die AG Alter hat Arbeitsgruppen gebildet, die interessierten Mitgliedern Möglichkeiten zur aktiven Mitarbeit bieten.

Gesundheit: Diese Gruppe will Fragen wie die Pflege in Heimen und Spitälern, die Rationierung von Gesundheitsleistungen usw. verfolgen. Auskünfte gibt Agnes Guler, Tel. (01) 361 73 72.

Finanzen und Soziales: Die Gruppe wird die kantonale Steuer- und Finanzpolitik weiterverfolgen und zu sozialpolitischen Themen Stellung nehmen. Leitung: Karl Aeschbach, Tel. (01) 760 27 32.

Lebensqualität im Alter: Diese Gruppe befasst sich mit dem Wohlbefinden des älteren Menschen, z.B. mit Wohnformen im Alter. Sie wird geleitet von Marie-Louise Ries, Tel. (01) 383 34 40.